



Niederschrift

64. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Mai 2019, 13:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 14 der Tagesordnung: Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe

Vorlage: 2019/0302

dazu:

Interfraktioneller Änderungsantrag: CDU, SPD, GRÜNE, KULT, FDP

Vorlage: 2019/0517

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss - das vorliegende Gutachten der Jopen Consulting GmbH zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Beitragsfreiheit orientiert an den Empfehlungen prozessorientiert umzusetzen. Dazu beschließt der Gemeinderat - nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss:

1. a) Ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 (ab 1. September 2019) werden die Elternbeiträge in den Einrichtungen der freien Träger, so weit möglich, auf das Niveau der Beiträge in den städtischen Einrichtungen durch eine Erhöhung des Erstkinderzuschusses, abgesenkt. Die „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ wird zum 1. September 2019 entsprechend angepasst (siehe Anlage 2 der Vorlage).

b) Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den freien Trägern in Verhandlungen zu treten, deren Elternbeiträge nach der Erhöhung des Erstkinderzuschusses die städtischen Beiträge um mehr als 10 Prozent übersteigen. Dazu können mit den Trägern individuelle Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Diese können eine zusätzliche Kostenübernahme der Stadt oder eng abgegrenzte Sonderbeiträge der Eltern beinhalten. Vor Abschluss dieser Vereinbarungen werden der Jugendhilfeausschuss und der Gemeinderat unterrichtet und um Zustimmung zu den beabsichtigten, generellen Regelungen gebeten.
2. Ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 (ab 1. September 2019) werden die Elternbeiträge für die städtischen Einrichtungen gemäß Anlage 3 (der Vorlage) angepasst und getrennt nach dem Benutzungsentgelt für Betreuung und den Verpflegungskosten ausgewiesen.

3. Die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege werden ab dem 1. September 2019 um 25 Prozent gesenkt, um die Nutzer der Tagespflege in analoger Weise an der Entlastung, wie sie in den frühkindlichen Kindertageseinrichtungen erfolgt, teilhaben zu lassen (siehe Anlage 4 der Vorlage).
4. Der Einstieg in die einkommensabhängige Beitragsreduzierung, über die Regelungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe hinaus, ist für den 1. September 2020 vorgesehen. Die konkrete Ausgestaltung wird der Gemeinderat nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss separat beschließen.
5. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den freien Trägern die Schritte und Inhalte zur Entwicklung gemeinsamer Standards zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

- Beschlussvorlage: Ziffern 1, 2, 3, 5 (neu) bei 43 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt
Ziffer 4 bei 45 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt
- Ergänzungsantrag: Mit Stellungnahme erledigt. Verwaltungsvorlage wird um Punk 5 ergänzt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgermeister Lenz: Lassen Sie mich kurz mit einem redaktionellen Hinweis beginnen. In Ihren elektronischen Unterlagen ist es bereits verändert. Es geht lediglich um 5/10, nämlich in der Anlage 4 ist unter der Überschrift „Monatliche Betreuungszeit“ anstelle von 64,99 64,94 geschrieben.

Ein hartes Stück Arbeit liegt hinter uns. Mit uns meine ich vor allem die Sozial- und Jugendpolitik, die vielfältige Trägerlandschaft und natürlich unsere Sozialverwaltung. Dieses Dreieck hat seit dem 20. November, als Sie uns im Gemeinderat mit jeweils 5 Mio. Euro auf den Weg geschickt haben mit einem klaren Auftrag, den ich jetzt nicht mehr ausführen muss, viel geleistet. Ich glaube, das Ergebnis von uns Dreien – wenn ich das so sagen darf -, kann sich sehen lassen. Ich bedanke mich schon einmal vorab bei Ihnen und dem Jugendhilfeausschuss nicht nur für die vergangenen drei, vier Monate der intensiven engagierten Erörterung, wie wir Ihr Anliegen umsetzen könnten in einem ersten Schritt. Ich bedanke mich auch für fünf Klausuren in den letzten zwei Jahren. Denn ich glaube, das hat sich gelohnt. Frau Stadträtin Rastätter nickt, die anderen auch, die dabei waren. Es hat sich gelohnt, sich in unsere Finanzierungssystematik der Sozial- und Jugendbehörde, sprich Frau Langeneckert und das entsprechende Finanzteam dort, einzuarbeiten. Denn so konnte die Komplexität an der Stelle doch deutlich reduziert werden.

Lassen Sie mich die zwei wesentlichen Punkte unseres Gutachtens beziehungsweise der Umsetzung des Gutachtens nennen. Die Elternbeiträge aller Kitas sollen zum kommenden Kita-Jahr 2019/2020 durch eine Anhebung des Erstkinderzuschusses - wir haben das Wort ungetüm eingedampft, Sie erinnern sich, das hieß Erstkinderbeitragsensenkungszuschuss - auf das Niveau der städtischen Kitas abgesenkt werden, abweichend vom Gutachten. Es

soll keine absolute sondern eine maximale Erhöhung stattfinden. Die Höhe ist abhängig von den aktuellen Gebühren der Träger und ist auf dem Niveau der städtischen Einrichtungen gedeckelt, um im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel von jeweils 5 Mio. Euro in 2019 und 2020 zu bleiben. Ich erinnere daran, dass die Marche auf die 7 Mio. Euro ging. Uns war es wichtig, die 5 Mio. Euro einzuhalten. Das haben wir mit Ihnen auch so hinbekommen. Die bisherige Höhe des Erstkinderzuschusses bleibt als Bestandsschutz erhalten. Das ist klar. Es wird auf keinen Fall niemand schlechter gestellt. Auch das war Ihnen zu Recht wichtig. Durch den Zuschuss an die freien Träger ist dann bereits zum kommenden Kita-Jahr - deswegen auch diese Schnelligkeit, jetzt haben wir es gerade noch geschafft auf der Zielgerade - eine Beitragsreduzierung möglich. Es werden aber auch weiterhin Beiträge unter dem städtischen Niveau liegen. Das ist klar bei der Vielfalt in den unterschiedlichen Finanzstrukturen der Träger. Aber mit Trägern, wo dies der Fall ist, ist vorgesehen, Verhandlungen aufzunehmen.

Begleitend soll mit den Trägern ein gemeinsamer Standard entwickelt werden. Das ist schon die Antwort auf den Ergänzungsantrag, dem wir – wie Sie gesehen haben – gerne zustimmen. Das hatten wir im Jugendhilfeausschuss schon so vordiskutiert. Der Standard wird dann die Grundlage in Zukunft sein für den mit den Trägern zu verhandelnden individuellen Leistungsvereinbarungen.

Ein Zweites zum Schluss. In eine einkommensabhängige Beitragsreduzierung, die wir schon zwei Jahrzehnte hier im Haus diskutieren, soll abweichend zur Empfehlung im Gutachten mittels einer Entgeltstaffelung zum 1. September 2020 auf der Grundlage der wirtschaftlichen Jugendhilfe eingestiegen werden. Auch diese Diskussion kennen Sie. Hierüber soll – das ist unser aller großes Ziel – mehr Familien eine Förderung ermöglicht werden. Diese wird in der konkreten Ausgestaltung nach Vorbereitung im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss und im Jugendhilfeausschuss selbst und natürlich Ihnen hier im Gemeinderat dann auch vorgelegt. Im Gutachten ist die Vorgehensweise ausführlich beschrieben. Die Inanspruchnahme der Förderung ist schwer vorzusagen und eine Prognose dahingehend auch schwierig. Deshalb werden wir – so haben wir es auch vereinbart – unseren Arbeitsausschuss nicht um ein weiteres Gremium erweitern, sondern diesen nutzen als Begleitgremium, das dann im Sinne von Evaluation, Begleitkontrolle bei jedem Schritt dann in Zukunft mit an Bord ist. Durch die bisherige Förderung der wirtschaftlichen Jugendhilfe und der Geschwisterkindermäßigung sind bereits jetzt schon 1/3 der Kinder beitragsfrei gestellt.

Das gibt mir auch die Gelegenheit, an die jüngste Vergangenheit zu erinnern, und das in der Metapher, die Sie alle kennen. Wir alle haben es hinbekommen, eine sogenannte Herkulesaufgabe zu bewältigen und bewältigen wir auch weiter. Ich rede vom fulminanten Ausbau, von der Aufholjagd der vergangenen Jahre, was die Kitaplätze angeht. In einem waren wir – so sind wir eben in Baden, ich finde das auch gar nicht negativ – etwas sehr zurückhaltend, denn was wäre bundesweit los, wenn wir darauf hinweisen würden mit fetten Lettern, dass 1/3 bereits beitragsfrei sind. Aber wir haben eben die Geschwisterkindermäßigung nie beitragsfrei genannt. Also hat die Bundesebene bislang nur eines zur Kenntnis genommen. Das war uns auch nicht bewusst. Ich spiele auf die Bertelsmann-Studie an. Wir haben ein Superfundament. Sie alle wissen, was jetzt kommt. Wir haben den besten Betreuungsschlüssel, nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in ganz Deutschland. Das ist die Frage von Qualität an der einen Stelle. Aber Sie haben uns mit

dem Ergänzungsantrag natürlich noch weitere Stellschrauben, wie ich sie eben schon beschrieben hatte, mit auf den Weg gegeben.

Ganz zum Schluss noch einmal mein ganz großes Dankeschön – da wir in Fußballzeiten sind, die Entlehnung ist leider aus Stuttgart, wenn man sich erinnert, es ist schon ein paar Jahre her, aber es ist für mich ein magisches Dreieck –, dass wir das so hinbekommen mit den Trägern, mit Sozialverwaltung, mit Sozialpolitik. Deswegen ist mir auch nicht bange vor der nächsten Amtszeit. Noch einmal ganz herzlichen Dank. Aber ich sage es auch ganz klar, das hatten Sie im Jugendhilfeausschuss auch gemacht, das mache ich jetzt auch gerne, vielen herzlichen Dank der Finanzabteilung der Sozial- und Jugendbehörde. Liebe Frau Langeneckert, Finanzplaner hat nicht jede Sozial- und Jugendbehörde in Deutschland. Das hat sich jetzt einmal ausgezahlt, Finanzplanung dort einzurichten. Das haben wir in der Vergangenheit getan, wo wir es nicht unbedingt erwartet haben. Vielen herzlichen Dank.

Stadträtin Maier-Augenstein (CDU): Gestern war der Tag der Kinderbetreuung. Heute treffen wir einen zukunftsweisenden Beschluss im Haus. Wir als CDU-Fraktion gehen diesen großen Schritt zur weiteren Entlastung der Familien in unserer Stadt natürlich sehr gerne mit. Herr Bürgermeister Lenz hat schon eingeführt, es ist eine sehr komplexe Thematik, die heute vor uns liegt. Entsprechend geht es auch um umfangreiche Vorlagen und um mehrere Vorberatungen. Es ist aber dennoch beachtlich und zeigt unseren gemeinsamen Willen, dass wir von den Haushaltsberatungen im November bis heute im Mai so intensiv alle mitgearbeitet haben, dass wir heute diesen zukunftsweisenden Beschluss fällen können.

Natürlich kann man zu dem einen oder andern Punkt in der Vorlage vielleicht auch anderer Meinung sein. Es ist auch bekannt, dass meine Fraktion, die CDU-Fraktion, eher plädiert hätte für ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr, weil wir einen anderen pädagogischen Ansatz sehen. Wir hätten dieses auch am liebsten verbunden mit einem verpflichtenden Kindergartenjahr. Da sind jetzt nicht wir als Stadt zuständig, sondern da müsste das Land tätig werden. Aber uns ist einfach wichtig, dass wir jetzt einen Konsens gefunden haben. Deswegen gehen wir natürlich selbstverständlich hier auch gerne mit, um den Einstieg in eine weitere Unterstützung der Familien zu leisten. Es wurde eben auch schon erwähnt, aber ich möchte es noch einmal aufführen, weil ich es wirklich als bemerkenswert und auch als besonderen Wert ansehe, dass bei uns in der Stadt schon jedes dritte Kind vom Beitrag befreit ist. Das ist wirklich eine super Sache. Da kann keine andere Stadt oder Kommune mithalten. Insofern: Wir sind schon auf einem hohen Niveau. Wir sind auf einem guten Weg und wir wollen natürlich unsere gute Struktur weiter ausbauen.

Es ist auch für meine Fraktion ein großes Anliegen, dass wir weiterhin an der Qualität arbeiten. Deswegen natürlich auch sehr gerne heute der Änderungsantrag, dass wir gemeinsam mit den freien Trägern die Standards erarbeiten. Das ist uns sehr wichtig. Wir möchten weiterhin mitwirken, dass wir es schaffen, für alle Kinder einen Kitaplatz anbieten zu können. Auch wenn wir heute unter TOP 16 wieder einen weiteren Ausbau beschließen, fehlen nun einmal immer noch Plätze. Das ist für meine Fraktion wichtig, dass wir es schaffen. Wir haben den Restanspruch, dass wir für jedes Kind einen Kitaplatz anbieten können. Also: Zustimmung von meiner Fraktion. Es ist toll und macht Spaß, dass wir hier gemeinsam vorgehen.

Stadträtin Melchien (SPD): Dies ist eine bedeutende Vorlage. Nicht, weil sie immense Auswirkungen nach sich zieht oder weil sie gar einen Systemwechsel vollzieht, sondern weil sie einen Paradigmenwechsel beschreibt. Weg von steigenden Gebühren, hin zu einer wirksamen Entlastung der Eltern und der Gebührenfreiheit, kommen wir noch ein Stückchen näher. Die allermeisten sind sich mittlerweile einig. Im frühesten Kindesalter werden bereits die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt. Damit sind Kindertageseinrichtungen elementare Orte frühkindlicher Bildung. Aus Sicht der SPD-Fraktion muss Bildung, erst recht, wenn sie so grundlegend ist, beitragsfrei sein. Mit den letzten Haushaltsberatungen, in denen wir jährlich 5 Mio. Euro bereitgestellt haben, und mit dem heutigen Beschluss, die Erstkinderzuschüsse an freie Träger zweckgebunden zur Beitragssenkung zu erhöhen, läuten wir eine Kehrtwende in der frühkindlichen Bildungspolitik der Stadt Karlsruhe ein.

Dennoch muss ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es ein Armutszeugnis für die grün-schwarze Bildungspolitik in diesem Bundesland ist, dass sie nicht bereit ist, uns wenigstens zu unterstützen auf unserem Weg. Bund, Land und Stadt gemeinsam könnten bereits heute das Ziel der Gebührenfreiheit verwirklichen. So müssen wir Vorbild sein, in Vorleistung treten und den Anfang machen. Als SPD-Fraktion sind wir froh und dankbar, dass wenigstens hier im Rat große Einigkeit herrscht, mehr Geld in unsere Karlsruher Kindertageseinrichtungen und in die Kindertagespflege zu investieren. Wobei ich betonen möchte, dass wir als Stadt dank vieler richtiger und wichtiger Beschlüsse in der Vergangenheit, insbesondere der schon angesprochenen Karlsruher Geschwisterkinderreglung, bereits ein relativ familienfreundliches Modell als Ausgangspunkt haben. Hierdurch und zusammen mit den Leistungen der wirtschaftlichen Jugendhilfe sind 1/3 bereits beitragsfrei. Herr Bürgermeister Lenz hat es schon eingangs erwähnt. Darauf können wir aufbauen.

Wichtig ist zu betonen, dass wir einhergehend mit der Gebührenfreiheit auch mehr Vergleichbarkeit der Angebote einfordern müssen. Wenn wir das Ziel erreichen, für die Karlsruher Eltern beitragsfreie Kinderbetreuung anzubieten, müssen wir gleichzeitig Sorge dafür tragen, dass diese unserer Qualitätsansprüche auch erfüllt. Für uns als SPD-Fraktion ist dabei beispielsweise die Bezahlung der Mitarbeiter nach Tarif grundlegend, genauso wie ein gutes pädagogisches Konzept. Bei der weiteren Ausarbeitung und der Festlegung der nächsten Schritte ist uns deshalb die Expertise durch unsere gewachsene und starke unverzichtbare Trägerlandschaft sehr wichtig. Dies als Begründung des Änderungsantrags, den Sie dankenswerterweise als Verwaltung unterstützen.

Jetzt freuen wir uns mit Ihnen gemeinsam, den Eltern in Karlsruhe ein starkes Signal zu senden und sie wirksam finanziell zu entlasten. Zu guter Letzt möchte ich der Verwaltung danken. Der Herr Bürgermeister hat beschrieben, was für eine große Kraftanstrengung das von allen Seiten in der Stadtverwaltung gefordert hat. Wir haben uns sehr gut als Politik begleitet gefühlt. Das ist sicher nicht selbstverständlich. Dafür vielen Dank.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Es ist in der Tat ein Paradigmenwechsel, was ich auch sagen wollte. Denn bisher haben wir im Turnus von zwei Jahren moderat die Gebühren angehoben. Jetzt gehen wir in die Gebührenabsenkung bis wir perspektivisch die Gebührenfreiheit erreichen, und das gemeinsam mit dem Gemeinderat. Es ist ein gutes Zeichen und eine gute Botschaft an die Eltern, dass wir als Karlsruher Gemeinderat alle gemeinsam der Kinderbetreuung, der Bildung der Kinder und der Qualität der städtischen Kindertagesstätten höchste Bedeutung beimessen. Stichwort: Wir können nicht nur KSC-Stadion, wir kön-

nen vor allem Kinderbetreuung und vor allem Qualitätsverbesserung für unsere Kleinsten in der Stadt.

Dieser Stufenplan war eine riesige Herausforderung. Ich möchte mich an der Stelle bei der Sozial- und Jugendbehörde bedanken, auch bei Herrn Dr. Jopen, der das Gutachten erstellt hat, dem wir vor allem auch verdanken, dass er beim Stufenplan zur Absenkung der Gebühren auch die soziale Staffelung nach Einkommen der Eltern miteinbezogen hat, was ursprünglich gar nicht sein Auftrag war, was aber dazu führt, dass wir auch die soziale Gerechtigkeit besser ausgestalten können auf dem Weg bis zur Gebührenfreiheit. Ich möchte an der Stelle auch Kollegin Melchin gegenüber erwähnen, dass Bund und Land erhebliche Mittel zur Verfügung stellen für die Qualitätsverbesserung, das heißt, der Bund weit über 5 Mrd. Euro, damit die Qualität der Kindertagesstätten weiter verbessert werden kann. Auch das Land gibt über 100 Mio. Euro dazu, und das im Verbund mit einer sozialen Gerechtigkeit bei der Gebührenaussstattung. Das hilft uns auch auf dem Weg bis zur Gebührenfreiheit, die wir alle gemeinsam anstreben.

Uns als GRÜNE ist es aber auch wichtig, dass wir parallel zur Gebührenabsenkung auch bei uns die Qualitätsentwicklung weiter verbessern. Es ist richtig, wir sind bundesweit Spitze, was den Personalschlüssel anbelangt. Aber wir müssen zum Beispiel auch Leitungszeit für das Führungspersonal an den Kindertagesstätten ermöglichen. Wir müssen vor allem die Inklusion umsetzen. Das wird für uns eine große Herausforderung werden. Wir werden wahrscheinlich künftig auch höhere Löhne bei den Erzieherinnen zahlen müssen, denn wir laufen aktuell in einen Notstand hinein. Der wird nur behoben werden können, wenn wir mehr junge Menschen gewinnen, die sich für diesen Beruf interessieren.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, es ist eine Erprobungsphase. Wir fangen 2019 mit der Angleichung der Gebühren an. 2020 fangen wir dann mit der sozialen Staffelung der Elternbeiträge an. Nach zwei Jahren wird dann evaluiert. Dann sehen wir weiter. Aber heute herzlichen Dank.

Stadtrat Cramer (KULT): Das Wichtigste für mich heute ist die Feststellung, dass der gesamte Gemeinderat seit vielen Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten, an einem Strang zieht. Da gibt es keinen Unterschied, wenn man einmal an das normale Links-Rechts-Schema denkt. Hier haben wir immer an einem Strang gezogen. Das hat sich auch gezeigt bei der Haushaltsberatung, dass wir diese 5 Mio. Euro eingestellt haben, die jetzt verwandt werden auf dem Weg zur Gebührenfreiheit. Das ist für mich und meine Fraktion auch immer noch das Ziel. Da müssen wir aber für die Zukunft wirklich neu denken in eine Richtung und zwar in Richtung der Inklusion. Die Kollegin Frau Rastätter hat es schon genannt. Da haben wir noch ganz große und dicke Bretter zu bohren. Da muss noch viel getan werden, dass wir hier zu einer inklusiven Stadt werden können. Das wäre jetzt für mich persönlich das nächste Ziel. Da können wir auch schon ansetzen hier im gesamten Kindergartenbereich, natürlich nicht nur in den städtischen Kindergärten sondern auch die freien Träger müssen von der Politik massiv unterstützt werden. Ich denke, dass das auch im Arbeitskreis sicher noch einmal als eigenständiges Thema mitgenommen wird. Aber für heute ganz klar Zustimmung für diese Vorlage.

Stadtrat Høyem (FDP): Eine große Mehrheit steht heute hinter dieser Beschlussvorlage. Wir und auch die freien Träger haben im Jugendhilfeausschuss diese Themen sehr aktiv behandelt. Unsere Stadt bewegt sich in Richtung der beitragsfreien Kitas, nicht in großen

Schritten und hoffentlich auch nicht in ungeplanten Schritten. Das Thema ist sehr komplex, weil wir eine so vielfältige Kita-Landschaft mit so vielen verschiedenen Trägern und so vielen verschiedenen Profilen in Karlsruhe haben. Diese Vielfalt wollen wir bewahren. Wir sind bereit, 5 Mio. Euro dafür zu bezahlen. Das ist viel Geld. Aber wenn wir eine total beitragsfreie Kita-Situation schaffen wollen, müssen wir 20 Mio. Euro zahlen, jedes Jahr. Das wäre finanziell nicht verantwortlich. Und noch wichtiger: Wir sind noch nicht soweit mit unseren Vorbereitungen. Wir müssen die Strukturen so transparent ändern, dass sie auch – entschuldigen Sie dieses Wort – nachhaltig bleiben. Unseren Familien und unseren Trägern können wir keine dramatische Revolution zumuten, die dann vielleicht später rückgängig gemacht werden muss. Wir wollen unser eigenes Karlsruher Kita-Modell entwickeln. Deshalb müssen die Konzeptüberlegungen langfristig sein, und es müssen alle Akteure eingebunden sein. Wir müssen einen Standard formulieren, eine Kernleistung, die jede Kita anbietet. Hier ist es nicht genug mit Öffnungszeiten und mehr Personalschlüssel als Parameter. Wir müssen einen Lehrplan und nicht nur den sogenannten Orientierungsplan festlegen, wodurch Lernziele für die Familien garantiert werden. Qualität bedeutet gute, besser ausgebildete und mehr geschätzte Mitarbeiter mit besseren Arbeitsbedingungen. 30 Jahre als Schulleiter mit Verantwortung für große Kitas kenne ich den Arbeitsstress von Mitarbeitern und die negative Wirkung auf unsere Kinder. Im europäischen Schulsystem ist mit viel Mühe und Kompetenz ein Lehrplan für Kitas von sämtlichen 28 Mitgliedsländern in der EU, auch von Deutschland, entschieden worden. Warum, das verstehe ich nicht, kann man sich nicht davon inspirieren lassen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treffen heute eine nahezu historische Entscheidung. Einen ersten Schritt, mit dem wir unsere Kitas als einen selbstverständlichen Teil unserer Bildungslandschaft wertschätzen. Ich appelliere höflich an unsere SPD und unsere grünen Kollegen, dass sie nicht in Karlsruhe, wie landesweit, Verwirrung schaffen. Im Gemeinderat wünscht die SPD keine totale Beitragsfreiheit, landesweit ist gerade dieses der große Wahlkampflogan. Im Gemeinderat wünschen unsere grünen Kollegen Beitragsfreiheit, landesweit bekämpfen sie gerade dieses. Bitte, SPD und GRÜNE, lassen Sie diesen Wahlkampf außerhalb Karlsruhes laufen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Bürgermeister Lenz, Sie haben es gerade gesagt, Beitragsfreiheit für das zweite und jedes weitere Kind haben wir hier in Karlsruhe schon lange. Heute geht es um den ersten Schritt in Richtung Beitragsfreiheit für das erste Kind. Familien hier in Deutschland müssen sich nach Überzeugung der AfD möglichst frei von wirtschaftlichen Zwängen dafür entscheiden können, Kinder in die Welt zu setzen. Deswegen ist der Schritt in Richtung Beitragsfreiheit für uns besonders wichtig. Die beitragsfreie, flexible Kita ist ein ganz wichtiger Faktor dafür, dass sich Familien dafür entscheiden, Kinder zu bekommen. Qualitativ hochwertige, bezahlbare und vor allem flexible Kinderbetreuung ist auch ein wichtiges praktisches Instrument für die Gleichberechtigung. Denn de facto ist es so, dass wenn keine Kinderbetreuung zur Verfügung steht, oft die Frauen sich dafür entscheiden müssen, zuhause zu bleiben. Wenn es flexible, günstige beziehungsweise hoffentlich bald beitragsfreie Kinderbetreuung gibt, können die Frauen selbständig entscheiden, wie sie ihr Leben mit ihren Kindern organisieren. Wir hoffen, dass es dazu führt, dass sich mehr Familien in Deutschland dafür entscheiden, Kinder in die Welt zu setzen. Deswegen unterstützen wir diesen Weg voll und ganz.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Lieber Kollege Lüppo Cramer, die letzten 20 Jahre haben wir nicht an einem Strang gezogen. Denn so lange fordere ich schon den Einstieg in

die Beitragsfreiheit. Damals sagte die CDU-Fraktion, das wollen wir auch, aber wir haben kein Geld. Die SPD sagte, was nichts kostet, ist nichts wert. Die FDP sagte, Eigenverantwortung, also selber bezahlen, wie sie immer gerne die Eigenverantwortung definiert. Ich finde es aber prima, dass wir jetzt soweit gekommen sind, den Einstieg in die Beitragsfreiheit zu organisieren.

Ich möchte aber auch noch einmal Herrn Bürgermeister Lenz etwas kritisieren, dass wir jetzt nur loben, wie unser Betreuungsschlüssel ist. Wir wissen aber alle, dass wir keinen Rechtsanspruch auf Kindertageseinrichtungen, auf Betreuung haben, das heißt, wie die Betreuung organisiert wird, bleibt jedem überlassen. Ich habe genug Kolleginnen und Kollegen, die keine Kita haben und ständig darum kämpfen, eine zu bekommen und nicht wissen, ob sie eine Vollzeitstelle annehmen können. Ich komme jetzt zu einem Punkt, den Karlsruhe machen kann. Es war möglich, für das ECE-Center viele Quadratmeter freizukaufen. Es ist möglich, IKEA und anderen Institutionen Flächen zur Verfügung zu stellen. Aber scheinbar ist es in Karlsruhe nicht möglich, Flächen aufzukaufen, freizumachen, um ausreichend Tageseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Der Kollege Høyem sagt, wenn wir die Beitragsfreiheit komplett machen würden, würde uns das 20 Mio. Euro im Jahr kosten. Gut, 13 Mio. Euro zahlen wir für die Verlustabdeckung Messelandschaft, die U-Strab wird uns 50 Jahre lang 50 Mio. Euro kosten, das Stadion wird uns wahrscheinlich 10 Mio. Euro pro Jahr kosten. Dafür haben wir diese Summen. Das sollte eigentlich nicht das Argument sein. Es sind viele gute Argumente gefallen, warum qualitativ hochwertige Betreuung wichtig ist. Das kann nur in einer professionellen Kindertageseinrichtung passieren, kann auch nicht beim besten Versuch durch Tagesmütter passieren, denn Kinder brauchen Gleichaltrige, aber auch professionellen Umgang und qualitativ hochwertige Bildung, kindgerecht vom ersten bis zum sechsten Jahr. Wenn wir wollen, dass alle Kinder in die moderne Welt kommen und sich qualifizieren und elternunabhängig die Berufe erreichen, die es gibt in der Gesellschaft, dann müssen wir Tageseinrichtungen schaffen, so dass wir sie abdecken können und nicht nur Betreuung, und das natürlich qualitativ hochwertig.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Einer muss etwas gegen den Strom sagen. Der erste positive Punkt ist der, dass wir uns sehr freuen, dass Eltern, die weniger finanzielle Möglichkeiten haben, gefördert werden. Gestaffelte Beiträge waren immer unsere Forderung. Damit sind wir auch sehr einverstanden. Aber warum sollten besserverdienende Eltern nicht auch Beiträge bezahlen? Ich sage Ihnen heute schon, wenn Sie all die Qualitäten, die wir heute angesprochen haben: Inklusion, kleinere Gruppen, Tarifverträge für die Erzieherinnen und Erzieher, wenn wir das alles haben wollen, reichen uns 20 Mio. Euro bei Beitragsfreiheit niemals. Wir müssen in ganz anderen Dimensionen denken. Aus dem heraus sagen wir, warum sollten besser verdienende Eltern nicht für ihre Kinder bezahlen. Diese Staffelung macht für uns von FÜR Karlsruhe absolut Sinn. Die absolute Beitragsfreiheit für alle ist für uns kein erstrebenswertes Ziel.

Ich möchte noch ein paar Takte sagen zum Erstkindzuschuss. Der soll bewirken, dass in allen Kitas gleiche Elternbeiträge bezahlt werden. Ich frage mich, was macht das mit einer Kita, wenn wir wissen, die Stadt gleicht das sowieso aus. Ich frage Sie, was macht das mit den kirchlichen Trägern. Sie haben bisher immer Zuschüsse gegeben aus dem eigenen Etat. Was macht das mit denen, wenn die erfahren, die Stadt gleicht das sowieso aus. Warum sollten die noch weiter zuschieben? Da kommen Dinge auf uns zu, die ich nicht wirklich beantwortet finde. Deswegen kann ich diesem Teil der Systemierungsthematik nicht zustimmen. Deswegen beantrage ich an der Stelle zweiteilige Abstimmung. Das eine sind die

gestaffelten Elternbeiträge, das andere ist der Erstkinderzuschuss. Das sollten wir getrennt abstimmen.

Ich habe mich schlau gemacht, wie das in Rheinland-Pfalz, was immer so hochgehalten wird, aussieht. Da hat ein Vater mir erzählt, sie sind zwar beitragsfrei, immer gewesen. Das war schön. Aber als Eltern mussten sie in die Kitas gehen und die Klos putzen, sie mussten zum Teil die Wände streichen. Das kommt davon, wenn man keine ausbalancierte finanzielle Politik betreibt. Heute war in der Zeitung gestanden, die fetten Jahre sind vorbei. Haben wir das wirklich bedacht, wenn wir das Ziel im Auge haben, allgemeine Beitragsfreiheit zu wollen. Da sage ich von FÜR Karlsruhe, das werden wir nicht hinbekommen. Wir werden es nicht hinbekommen, dass wir alles haben können. Deswegen müssen wir uns auf das vernünftige beschränken. Das bedeutet Beitragsfreiheit für einkommensschwache Leute, aber nicht für alle.

Stadtrat Wenzel (FW): In den 10 Jahren, die ich im Gemeinderat bin, habe ich bestimmt 1.000 Wünsche hinsichtlich Kitafreiheit, Leistungen usw. gesehen. Sie haben es geschafft – das haben Sie auch in Ihrem Beitrag gesagt, dass wir aus diesen 1.000 Wünsche endlich einen Knoten geschafft haben. Wenn man nachliest, dass man in der Bundesrepublik mit Neid auf das schaut, was wir in Karlsruhe bisher geschafft haben. Wir haben ein gemeinsames Gerüst geschafft. Es ist einer der Punkte, worauf ich stolz bin, dass dieses Haus in seiner Gänze über alle ideologische Gesichtspunkte und Standpunkte hinweg, jetzt diesen Weg geht, den uns auch dieses Gutachten vorgibt. Wir haben einige Punkte noch vor uns, die wir beachten müssen. Ich stelle einmal die fünf Punkte dar, die auch in dem Gutachten stehen:

- Bereitstellung einer ausreichenden Platzzahl.
- Gewinnung von ausreichendem Fachpersonal. Das haben wir schon gehört. Hier entbrennt ein richtiger Kampf.
- Die Entlohnung wird uns ein Problem machen.
- Die Unterstützung von Ausbildungsinitiativen für den Beruf, der jetzt noch nicht so interessant ist, aber in Zukunft sehr interessant werden wird. Wir haben PIA, was wir in der letzten Sitzung vorangetrieben haben.
- Die Qualitätssicherung wird uns auch noch beschäftigen.
- Die Angebotsstruktur.

Aber alles in allem gehen wir diesen Weg heute mit. Sollten es noch Hürden geben, der Leuchtturm, den wir hier haben, wird uns den Weg weisen und uns zum gewünschten Ziel führen.

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Fostiropoulos, nur eine Bemerkung, die 20 Mio. Euro waren nicht mein Hauptargument. Ich habe gesagt, wir müssen die Strukturen so transparent ändern, dass sie auch nachhaltig bleiben. Unseren Familien und unseren Trägern können wir keine dramatische Revolution zumuten. Nicht die 20 Mio. Euro waren das Hauptargument.

Der Vorsitzende: Ich möchte mich dem allgemeinen Dank anschließen, auch den Gemeinderat mit einbeziehen, die zahlreichen Workshops und Vorgespräche. Ich möchte mich vor allem aber auch bedanken, dass wir jetzt keine Vorlage verabschieden, die uns in finanziell unkalkulierbare Aussagen verbindlich kleidet, sondern dass wir in unserem Sys-

tem bleiben, dass wir an dem System an allen Stellschrauben in der Richtung drehen, dass alle Eltern weniger zahlen und mehr Eltern nichts zahlen und wir dadurch ein Stück weit die Stellschrauben noch in der Hand behalten. Denn ich sehe es ohne Landes- und Bundesmittel als nicht realistisch an, völlige Gebührenfreiheit herzustellen, gleichzeitig die Qualität und die Quantität noch auszubauen. Das müssen wir beides auch tun. Ich bin mir auch relativ sicher, dass wenn man die Eltern befragt, dann das Thema lieber noch mehr Qualität oder das Thema lieber noch mehr Ganztagsplätze oder überhaupt mehr Plätze immer auch eine ganz große Bedeutung hätte. Vielen Dank dafür.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir auf kooperative Gespräche mit den Trägern angewiesen sind. Denn so schön das ist, dass wir so viele Träger haben, so erforderlich ist es jetzt aber auch, sich mit den Trägern auf einen gewissen Standard zu verständigen und auch die Ausreißer bei den normalen Plätzen nach oben und nach unten ein Stück weit zu kanalisieren. Damit wir am Ende nichts finanzieren, was durch Leistung nicht unbedingt gedeckt ist, brauchen wir eine hohe Bereitschaft der Träger, auch Transparenz herzustellen in ihren Betriebskosten, in ihren Personalkosten und alles, was damit zusammenhängt, damit wir dann guten Gewissens auch das weitergeben können, was Sie uns jetzt zur Verfügung gestellt haben. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

Zum Thema Inklusion. Das ist sicher ein ganz wichtiges Thema. Aber gerade im Bereich der Kindertagesstätten haben Sie schon dazu viel beschlossen, zum Beispiel den Personalschlüssel jeweils anzuheben für jedes Kind mit einem Inklusionsbedarf. Es gibt durchaus auch über die entsprechende Sozialgesetzgebung Begleitung und verschiedene andere Instrumente. Das scheint mir in der Tat überwiegend noch ein Thema zu sein, was einfach stärker selbstverständlich werden muss und weniger jetzt noch mit zusätzlichen finanziellen Forderungen zu tun hat. Aber auch da gibt es eine Mischung von beidem, was wir brauchen. Da werden wir uns dann noch darüber unterhalten. Vielen Dank an alle.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Mein Vorschlag wäre, dass die Verwaltung Ihre Ziffer 5 aus dem Ergänzungsantrag einfach automatisch in die Beschlussvorlage übernimmt. Dann können wir alles gemeinsam abstimmen. Dann ersparen wir uns einen Abstimmungsgang. Ich erkläre hiermit, dass die Ziffer 5 Teil der städtischen Beschlussvorlage wird, wir die in die Beschlussvorlage übernehmen. Damit stelle ich jetzt beides gemeinsam hier zur Abstimmung.

(Zurufe)

- Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Können Sie das noch einmal kurz erläutern?

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Es gibt zwei Stellschrauben. Die eine Stellschraube war die der Elternbeiträge, dass man getrennt abstimmt von dem des Erstkinderzuschusses, diese zwei Teile, dass man die getrennt abstimmt.

Der Vorsitzende: Welche Ziffer wollen Sie jetzt getrennt abstimmen? Ich habe es akustisch nicht verstanden. – Alle vier.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Nur, dass dieser Elternbeitrag herausgenommen und extra abgestimmt wird. Alles andere kann man zusammen abstimmen.

Der Vorsitzende: Mit Elternbeiträgen haben alle Ziffern zu tun. Deswegen kann ich es jetzt nicht ganz nachvollziehen. Sie meinen die einkommensabhängige Beitragsreduzierung. Das wäre die Ziffer 4.

Dann rufe ich jetzt die Ziffern 1, 2, 3 und 5 auf. Dann machen wir Ziffer 4 separat. Das ist einfacher so. – Das ist bei einer Enthaltung eine einstimmige Zustimmung. Das haben wir bei solchen komplexen Themen selten.

Jetzt rufe ich die Ziffer 4 auf, wobei, Herr Kalmbach, als Hinweis, die konkrete Ausgestaltung wird noch rechtzeitig im Gemeinderat beschlossen. Aber Sie wollten einfach dagegen stimmen. Insofern haben wir es jetzt so gemacht. Ich rufe die Ziffer 4 zur Abstimmung auf. – Ich habe es jetzt nicht ganz verstanden. Aber ich muss es auch nicht.

Wir können feststellen, weil Enthaltungen nicht gelten, dass es insgesamt eine einstimmige Zustimmung gibt zu allen Teilen dieser Vorlage. Damit haben wir das erreicht.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
14. Juni 2019